Ihre Gesprächspartner:

| | |
|---|---|
| Andreas Stangl | Präsident der AK Oberösterreich |
| Mag. Gerhard Klinger, MBL | AK-Bezirksstellenleiter Steyr |

# Bilanz 2021 der AK Steyr:

# Mehr als 5,3 Millionen Euro erkämpft

Online-Pressekonferenz

Mittwoch, 9. Februar 2022, 9 Uhr

**316.040 Anfragen haben die Expertinnen und Experten der AK Oberösterreich in ihrer Zentrale in Linz und in den 14 Bezirksstellen im Jahr 2021 bearbeitet. Und sie haben fast 90 Millionen Euro für die Mitglieder erkämpft. Das zweite Corona-Jahr hat die Arbeitnehmer/-innen vor besondere Herausforderungen gestellt, die sich auch in den Beratungen in der AK Oberösterreich niedergeschlagen haben. Das letzte Monat des vergangenen Jahres stand ganz im Zeichen des Präsidentenwechsels. Nach 18 Jahren an der Spitze der Arbeiterkammer Oberösterreich ist Dr. Johann Kalliauer im November 2021 in Pension gegangen. Als seinen Nachfolger wählte die Vollversammlung der AK Oberösterreich mit großer Mehrheit den bisherigen Vizepräsidenten Andreas Stangl.**

### Ein Präsident mit großer politischer Erfahrung

Andreas Stangl ist 52 Jahre alt, erlernte in der AMAG in Ranshofen einen Metallberuf und ist seit seiner Jugend in der Gewerkschaft aktiv. Er war Betriebsratsvorsitzender, Geschäftsführer der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) Oberösterreich, Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) in der AK, stellvertretender Vorsitzender des ÖGB und AK-Vizepräsident in Oberösterreich. Er war langjähriger Stadtrat und Vizebürgermeister in Leonding, ist in der Landespolitik bestens vernetzt und kann so die Interessen der Mitglieder optimal vertreten. Zuletzt hat er als Sprachrohr für die Beschäftigten in der Pflege in harten Verhandlungen mit dem Land Verbesserungen erreicht. In der Corona-Krise hat er dazu beigetragen, sehr rasch die Kurzarbeit auf den Weg zu bringen, die zigtausende Arbeitsplätze gerettet hat.

### Einsatz für eine gerechte Arbeitswelt

Die AK Oberösterreich sieht Stangl als unverzichtbares Korrektiv für gesellschaftliche Machtungleichgewichte zwischen Arbeitnehmern/-innen und Unternehmen. Noch immer gebe es eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Rechten der Arbeitnehmer/-innen und deren Respektierung und Anwendung in den Unternehmen. Die meisten Anfragen gab es auch 2021 zum Arbeits- und Sozialrecht und hier insbesondere zum Entgelt, zu den Pensionen und zur Auflösung von Dienstverhältnissen. Rund 60 Prozent aller Anfragen beim AK-Rechtsschutz betrafen diese drei Themen. Weitere wichtige Themen waren Arbeitslosengeld/Notstandshilfe, Mutterschaft/Karenz/Wochengeld, Altersteilzeit und Pflegegeld. Das Thema Corona-Kurzarbeit, das 2020 noch zu den wichtigsten in der AK-Rechtsberatungen zählte, schien 2021 nicht mehr unter den Top-Ten auf.

In 5.869 Fällen musste die AK Oberösterreich Mitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten gerichtlich vertreten. Gegen die Missstände, die das notwendig machen, will Stangl entschlossen vorgehen und fordert mehr Respekt und Gerechtigkeit für Arbeitnehmer/-innen. Unter Gerechtigkeit versteht er z.B. die Einhaltung aller arbeitsrechtlichen Bestimmungen, Lohnerhöhungen auch während Zeiten der Karenz und Schluss mit unbezahlten Überstunden und falschen Einstufungen. „Vorenthaltene finanzielle Ansprüche haben nicht nur unmittelbar, sondern auch langfristig negative Auswirkungen und führen etwa zu geringeren Pensionsansprüchen. Frauen, deren Pensionen vielfach ohnehin schon zu niedrig sind, trifft das besonders“, gibt Stangl zu bedenken.

Damit alle Mitglieder möglichst einfach zu ihrem Recht kommen, setzt die AK ganz bewusst auf die Dezentralisierung ihrer Serviceleistungen. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich Rat und Hilfe direkt in ihrer Region, in einer der 14 AK-Bezirksstellen in ganz Oberösterreich, zu holen.

**Fünf Millionen Euro im Jahr 2022 für eine oberösterreichische Ausbildungsoffensive**

Jährlich fallen in Oberösterreich rund 3.153 Jugendliche vorzeitig aus dem formellen Bildungssystem heraus. Mehr als 40 Prozent davon (1.296) sind junge Schulaussteiger/-innen, die nach der 9. Schulstufe oder schon zuvor die Schule verlassen. Weit über 40 Prozent (1.362) brechen eine Lehre ab bzw. beenden sie ohne Abschlusserfolg. Der „Rest“ (495) bricht eine weiterführende Schule nach der 10. Schulstufe ab. Der frühe Ausbildungsabbruch (max. Pflichtschulabschluss) umfasst ca. 14 Prozent (rund 12.000 junge Erwachsene) der 20- bis 24-jährigen Oberösterreicher/-innen.

Im Jahr 2021 waren in Oberösterreich 5.388 Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren beim AMS gemeldet, die auf Lehrstellen- oder Jobsuche waren und maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügten. Im Bezirk Steyr waren es 446: Davon waren 40 Lehrstellensuchende ohne Einstellungszusage, 167 arbeitslose Jugendliche und 239 Jugendliche in Schulungen. Eine große Ausbildungsoffensive ist daher ein besonderes Anliegen des neuen AK-Präsidenten. Die AK Oberösterreich stellt dafür 2022 fünf Millionen Euro zur Verfügung und Andreas Stangl wird dazu Gespräche mit möglichen Partnern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft führen.

Neben jungen Menschen brauchen auch Langzeitbeschäftigungslose deutlich mehr Unterstützung. Waren im Oktober 2008 noch 1.100 Menschen in Oberösterreich langzeitbeschäftigungs-

los, sind es jetzt fast 10.000. Dabei zeigt gerade die Corona-Krise, dass es in Oberösterreich in vielen gesellschaftlichen Bereichen enormen Personalbedarf gibt.

Bereits jetzt hilft die Arbeiterkammer vielen Menschen in Oberösterreich mit individueller Beratung und Ausbildungsunterstützungen, ihren Bildungsweg erfolgreich zu gestalten. Insgesamt hat die AK Oberösterreich im Jahr 2021 im ganzen Bundesland 1.498 persönliche Bildungsberatungen durchgeführt, 984 davon fanden in der Linzer Zentrale statt. 42 Beratungen führten die AK-Experten/-innen in der Bezirksstelle Steyr durch, um den Ratsuchenden lange Fahrtwege zu ersparen.

Zum Beispiel will sich eine Fachsozialbetreuerin Altenarbeit zur Diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegerin qualifizieren und dafür das Fachkräftestipendium bekommen. Da sie aber noch keine vier Jahre im Pflegeberuf tätig ist, erfüllt sie die Voraussetzung nicht. Mit Hilfe der AK-Bildungsberatung in Steyr wurde eine berufsbegleitende Ausbildung und eine Bildungsteilzeit mit Zustimmung des Arbeitgebers geplant. Sobald die Frau die benötigten vier Jahre im Beruf als Voraussetzung für das Fachkräftestipendium erreicht hat, kann sie die gewünschte Ausbildung beim AMS beantragen.

**Sofortige Entlastung der Beschäftigten in Gesundheit und Pflege**

Die Corona-Krise hat überdeutlich gemacht, dass alle Beschäftigten in Pflege- und Gesundheitsberufen dringend entlastet werden müssen. Beim Corona-Bonus fordert der AK-Präsident eine sofortige Korrektur. Er wurde viel zu wenigen Beschäftigten zuerkannt (zum Beispiel ging der Rettungsdienst völlig leer aus) und selbst von diesen haben ihn nicht alle erhalten – z.B. bei einem Arbeitgeberwechsel. Die Covid-Prämie muss daher sofort auf alle Beschäftigten ausgeweitet werden.

Der AK-Präsident fordert, dass sowohl in den Krankenhäusern als auch in der institutionellen und mobilen Pflege das Personal so rasch wie möglich um 20 Prozent aufgestockt wird, verteilt über alle Berufsgruppen. Alleine bis 2025 fehlen in den Mobilen Diensten und Heimen mit vorsichtiger Schätzung 1.600 Vollzeitstellen: Mehraufgaben und neue Anforderungen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Und in den Krankenhäusern braucht es 6.025 zusätzliche Dienstposten in der Pflege, nur um Pensionierungen und den Mehrbedarf durch Bevölkerungsentwicklung zu stemmen. Ein Umlegen dieser Zahlen auf einzelne Bezirke ist leider nicht möglich, weil es keine offiziell verfügbaren Daten zu Pflege und Betreuung auf Bezirksebene gibt. Diese werden unter Verschluss gehalten.

Zusätzlich braucht es den sofortigen Einsatz von Unterstützungskräften inklusive Kostenübernahme durch das Land. Und es braucht eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für alle Bereiche der Gesundheit und Pflege, die auch einen echten und leistbaren Umstieg aus anderen Branchen ermöglicht.

**Sozial gerechter Klimaschutz**

Für den neuen AK-Präsidenten ist, insbesondere in Oberösterreich, eine sozial gerechte Klimapolitik ein Gebot der Stunde. Ein starker, aktiver Staat müsse dabei die Führungsrolle einnehmen. Dazu braucht es eine Industriestrategie, die Infrastruktur, Bildung und Forschung, Arbeitsmarkt und Regionalpolitik in einem Zukunftskonzept vereint. Politik, Arbeitnehmer- und Unternehmensvertretung, Ökonomen/-innen und weitere Experten/-innen sollen die Strategie und die konkreten Maßnahmen dazu gemeinsam erarbeiten.

$CO_2$-Steuern auf Konsum sind aber sozial ungerecht. Sie belasten die ärmeren Bevölkerungsschichten am stärksten. Besonders belastet werden auch die Pendler/-innen. Nur 16,6 Prozent der Arbeitnehmer/-innen aus dem Bezirk Steyr-Land haben ihren Arbeitsplatz am Wohnort, während es in Steyr-Stadt 55,5 Prozent sind. 64,7 Prozent der Beschäftigten des Bezirks Steyr-Land pendeln aus dem Bezirk aus. Bei den Beschäftigten in Steyr-Stadt sind es 44,5 Prozent, die auspendeln. Die meisten der Steyrer Pendler (Steyr-Land: 36 Prozent, Steyr-Stadt: 29,8 Prozent) müssen hin und retour zwischen 40 und 60 Kilometer zurücklegen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Mindestens 100 Kilometer hin und retour pendeln 8,4 Prozent (Steyr-Land) bzw. 8,6 Prozent (Steyr-Stadt).

Bei einer mittleren täglichen Wegstrecke von 45 Kilometer legen die oberösterreichischen Pendler/-innen jährlich insgesamt 4,8 Milliarden Kilometer zurück. Somit verursacht der Arbeitsweg für sie beim aktuellen Benzinpreis alleine Spritkosten in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro. Im Interesse der Pendler/-innen braucht es einen flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs – vor allem auch in jenen ländlichen und peripheren Regionen, die diesbezüglich bislang vernachlässigt wurden. Park-and-Ride-Anlagen, die den Umstieg auf die Hauptlinien von Bus und Bahn erleichtern, sowie sichere Radwege abseits der Hauptstraßen müssen massiv ausgebaut werden.

Solange es für viele Pendler/-innen vor allem in ländlichen Regionen für die Fahrt zur Arbeit aber keine öffentliche Alternative zum Privat-Pkw gibt, müssen ihnen die Mehrkosten durch die $CO_2$- Steuern für das Pendeln ausgeglichen werden. Der Pendlerbonus aus der jüngsten Steuerreform reicht nicht aus, um die Mehrkosten abzudecken. Daher sollte die Pendlerpauschale in einen kilometerabhängigen Absetzbetrag umgewandelt werden, der einkommensunabhängig wirkt und damit sozial gerechter ist.

Nachbesserungsbedarf beim Klimabonus gibt es auch für Mieter/-innen mit einer Öl- und Gasheizung. Da sie nicht über das für die Wohnung verwendete Heizungssystem entscheiden können, sollte eine Kostenbeteiligung der Vermieter/-innen eine fairere Kostenaufteilung und eine höhere Lenkungswirkung bringen.

Eine soziale Klimapolitik erfordert auch höhere Steuerbeiträge von den Reichen und staatliche Regulierungen, die die Produzenten in die Verantwortung nehmen. Und ein starker Sozialstaat kann und muss soziale Härten im Zuge des Umbaus verhindern.

**Die Digitalisierung der Arbeitswelt sozial gerecht gestalten**

Im Jänner 2019 hat die AK mit 30 Millionen Euro für fünf Jahre einen Zukunftsfonds dotiert, um Digitalisierungsprozesse in oberösterreichischen Betrieben so zu begleiten, dass sie unter aktiver Einbindung von Betriebsräten und Belegschaften arbeitnehmerfreundlich gestaltet werden. 145 Projekte, von denen 70.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren, wurden schon gestartet. 49 wurden bereits erfolgreich abgeschlossen.

Im Verein Frauenarbeit Steyr wurde das Projekt „DiWi-Pass“ gestartet, von dem rund 200 Beschäftigte profitieren. Frauen bekommen ein Instrument, um ihre digitalen Kompetenzen zu testen und erhalten eine Einschätzung über ihre Fähigkeiten. Passende Lernangebote für Weiterbildung werden vorgeschlagen. Nach der Absolvierung von Kursen, wird mit einem Zertifikat das Ergebnis bestätigt und der weitere Weg in der Berufslaufbahn unterstützt. Der DiWi-Pass ist jetzt schon ein österreichweit bekanntes Projekt, um Transitarbeitskräften eine Basis in der digitalen Arbeitswelt zu schaffen.

Die Firma Gebr. Haider Bauunternehmung in Großraming hat gemeinsam mit dem Betriebsrat das Projekt „Digitale Schulungen“ gestartet. Mit einer eigens entwickelten „Haider Akademie App“ werden digitale Sicherheitsschulungen und Weiterbildungen angeboten. So sind die Inhalte jederzeit abrufbar, immer aktuell und grafisch gut verständlich aufbereitet. 422 Be-

schäftigte profitieren von dem Projekt. Über eine Chat-Funktion können die Mitarbeiter/-innen sich auch bei schwierigen Themen austauschen.

Den Zukunftsfonds, der solche Projekte ermöglicht, will der neue AK-Präsident nicht nur fortführen, sondern auf möglichst viele weitere Betriebe ausweiten. Damit die Arbeiternehmer/-innen die Digitalisierung als Chance erleben, die neue Arbeitsplätze schafft, statt welche zu vernichten, fordert Stangl aber auch die Politik und die Unternehmen auf, alle Beschäftigten durch einen Rechtsanspruch auf eine bezahlte Weiterbildungswoche zu unterstützen.

## Rat und Hilfe in der AK Steyr

Im vergangenen Jahr wandten sich 6.743 AK-Mitglieder mit arbeits- und sozialrechtlichen Fragen an die AK Steyr. 4.515 Beratungen erfolgten telefonisch und 1.657 persönlich in der AK-Bezirksstelle. Weitere 529 Mitglieder suchten Auskünfte per E-Mail. Zusätzlich führten Bildungsexperten/-innen der AK in Steyr 42 persönliche Bildungsberatungen durch.

### Mehr als 5,3 Millionen Euro Vertretungserfolg

Bei vielen Arbeitsrechtsproblemen reicht eine Beratung nicht aus. Die AK muss bei den Arbeitgebern intervenieren und, wenn das nichts bewirkt, vor Gericht gehen, um den Arbeitnehmern/-innen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Durch außergerichtliche Interventionen in 121 Fällen wurden rund 260.000 Euro an vorenthaltenem Entgelt für die Betroffenen geholt. In 58 Fällen mussten vor dem Arbeitsgericht rund 298.000 Euro erkämpft werden. Alles in allem wurden 179 Fälle gerichtlich oder außergerichtlich abgeschlossen.

Hauptsächliche Gründe für Rechtshilfen und -vertretungen waren vorenthaltene Entgelte, Differenzen bei der Endabrechnung von beendeten Arbeitsverhältnissen und Beanstandungen von fristwidrigen Kündigungen oder unbegründeten Entlassungen.

In ihrem Engagement für ihre Mitglieder machen die AK-Rechtsexperten/-innen keinen Unterschied, ob es sich um große oder kleine Beiträge handelt. Die eingeforderten Beträge reichen von 98,93 Euro bis zu 60.424 Euro. Von den 179 Fällen stammen 139 aus Betrieben ohne Betriebsrat. Daran erkennt man, wie wichtig eine betriebliche Interessenvertretung für die korrekte Bezahlung der Arbeitnehmer/-innen ist.

Aber selbst nach einem rechtskräftigen Urteil ist keineswegs sicher, dass bezahlt wird. In einigen Fällen kommen die Arbeitnehmer/-innen nur zu ihrem Geld, wenn die AK ein Exekutionsverfahren ankündigt oder einleitet.

In Sozialrechtsangelegenheiten erstritt die AK Steyr im vergangenen Jahr fast 4,3 Millionen Euro. Dabei ging es hauptsächlich um Pensions- und Rentenansprüche sowie um Pflegegeld. Zusätzlich wurden 2021 für 97 Arbeitnehmer/-innen aus zwölf insolventen Betrieben im Bezirk fast 490.000 Euro gesichert.
In Summe hat die AK Steyr im Vorjahr an arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen sowie an Forderungen nach Insolvenzen für ihre Mitglieder Zahlungen von mehr als 5,3 Millionen Euro erreicht.

**Büroangestellte ungerechtfertigt entlassen – AK erkämpfte Ansprüche**

Nach 13 Jahren in einem Zimmereibetrieb im Bezirk Steyr-Land wurde eine teilzeitbeschäftigte Büroangestellte, die sich gerade in Kurzarbeit befand, fristlos entlassen. Der Arbeitgeber verlangte eine Verlängerung der vereinbarten bisherigen Arbeitszeit von 20 Wochenstunden um einen zusätzlichen Arbeitstag, was die Frau ablehnte. Daraufhin sprach das Unternehmen die Entlassung aus. Die Angestellte wandte sich an die AK Bezirksstelle Steyr, die die angeführten Entlassungsgründe prüfte und als völlig haltlos einstufte. Das Unternehmen behauptete unter anderem eine Kompetenzüberschreitung der Büroangestellten. Dieser Vorfall lag allerdings bereits fünf Jahre zurück und war deshalb als Grund für die ausgesprochene Entlassung sicher nicht mehr zu berücksichtigen. Eine schriftliche Weisung, wonach die Dienstnehmerin einen zusätzlichen Tag mehr hätte arbeiten sollen, traf überhaupt erst mit der Post am nächsten Tag bei der Angestellten ein.
Die gerichtliche Auseinandersetzung in der auch die Frage der korrekten Einstufung zu entscheiden war, ging letztlich bis zum Oberlandesgericht Linz, nachdem die von der AK vertretene Klägerin bereits in erster Instanz Recht gegeben wurde. Wieder bekam die Frau Recht und ihr wurden insgesamt 11.100 Euro an Ansprüchen wie z.B. Kündigungsentschädigung und offenes Gehalt aufgrund der falschen Einstufung sowie falsch abgerechnetes Urlaubs- und Weihnachtsgeld zugesprochen.

**AK verhilft zu Invaliditätspension**

Wegen massiven Beeinträchtigungen des Stütz- und Bewegungsapparates beantragte ein 59-jähriger Industriearbeiter die Invaliditätspension bei der Pensionsversicherungsanstalt (PVA).

Nach Begutachtung durch einen PVA-Vertrauensarzt erhielt der Arbeiter einen negativen Bescheid. Mit Hilfe der AK Bezirksstelle Steyr klagte er beim Arbeits- und Sozialgericht gegen diesen Bescheid, zu Recht. Aufgrund der eingeholten Sachverständigengutachten lenkte die PVA letztendlich ein. Der Arbeiter bekam die Invaliditätspension unbefristet zugesprochen.

**AK Steyr - Serviceangebot**

Öffnungszeiten

| | |
|---|---|
| Montag bis Donnerstag: | 7:30 Uhr bis 16 Uhr |
| Freitag: | 7:30 Uhr bis 13:30 Uhr |

| | |
|---|---|
| Persönliche Beratung | während der Öffnungszeiten,<br>Terminvereinbarung unter Tel. 050/6906-5116 |
| Telefonische Beratung | während der Öffnungszeiten unter Tel. 050/6906-1<br>– aus ganz Oberösterreich |
| Bildungsberatung | jeden zweiten Freitag nach Terminvereinbarung<br>unter Tel. 050/6906-5116 |

Kontakt

Redtenbachergasse 1a, 4400 Steyr
Tel: 050/6906-5116
E-Mail: Steyr@akooe.at
Homepage: https://ooe.arbeiterkammer.at/Steyr